

UNGARN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit den Parlamentswahlen von 2010 regiert Viktor Orbán bis auf kurze Unterbrechungen durchgehend mit einer Zweidrittelmehrheit seiner Partei Fidesz (Fidesz – Magyar Polgári Szövetség, Fidesz – Ungarischer Bürgerbund, kurz Fidesz, ursprünglich 1988 gegründet als »Bund Junger Demokraten«, Független Demokraták Szövetsége) und deren politischem Appendix, der Christlichen Volkspartei (Kereszténydemokrata Néppárt, KDNP). Und es deutet nichts darauf hin, dass sich in absehbarer Zeit daran etwas ändern wird. Bei den letzten Wahlen im Frühjahr 2022 traten zwar sechs sozialdemokratische, links-grüne, liberale und rechtskonservative Oppositionsparteien mit dem Wahlbündnis »Vereint für Ungarn« und mit einem gemeinsamen Ministerpräsidentenkandidaten an, doch einzig waren sie sich letztlich nur in dem Wunsch, den gegenwärtigen rechtsnationalen Regierungschef loszuwerden. Was dem Bündnis jedoch fehlte, war eine gemeinsame überzeugende Konzeption der Zukunft des Landes nach Viktor Orbán. Dieser aber hält Ungarn weiterhin fest im Griff. Rund 50 Prozent der Wahlberechtigten unterstützten ihn nach Umfragen im Frühjahr 2023, während es die größte Oppositionspartei, die sozialliberale DK (Demokratische Koalition), gerade einmal auf 14 Prozent brachte.

Viktor Orbán führte seine Partei Fidesz im Jahr 2000 aus der Liberalen Internationale in die konservative Europäische Volkspartei hinein – und inzwischen auch aus dieser wieder hinaus. Auf diesem Weg ist er wohl zu einem der umstrittensten Politiker Europas geworden.

»Die Revolution an den Wahlurnen« von 2010, mit der Zweidrittelmehrheit im Parlament für Fidesz, deutete Orbán in eine unbegrenzte Vollmacht für sich um, die jede politische Maßnahme seiner Regierung rechtfertigte. Tatsächlich begann er gleich nach der Machtübernahme das Land und seine politische Ordnung im Sinne seiner politischen Vorstellungen zu dem System umzubauen, das er einige Jahre später

modellhaft als »illiberalen Staat« oder »illiberale Demokratie« dem westlichen Entwurf der »liberalen Demokratie« provokierend gegenüberstellte.

Die nach dem Systemwechsel modifizierte Verfassung wurde ohne breiten gesellschaftlichen Dialog durch ein historisch und demokratiepolitisch rückwärtsgerichtetes Grundgesetz ersetzt, Medien und kulturelle Institutionen gerieten ins Visier der Partei, Streikrecht und Arbeitsgesetzbuch wurden zum Nachteil von Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften verändert, die Unabhängigkeit der Justiz und die Autonomie der Universitäten massiv infrage gestellt, alle wichtigen öffentlichen Posten ausschließlich mit Gefolgsleuten der Partei besetzt. Das von Orbán unmittelbar nach dem Wahlsieg von 2010 mit großem Pomp proklamierte politische »System der Nationalen Zusammenarbeit« (ungarische Abkürzung: NER) stellte sich rasch als euphemistische Umschreibung seines autokratischen Politikstils heraus.

Die Oppositionsparteien haben sich bei den ungarischen Kommunalwahlen im Jahr 2019 erstmals zu einem – besonders in den größeren Städten – erfolgreichen Bündnis zusammengeschlossen. Wichtigster Beweis für den Erfolg dieser Bündnispolitik ist der oppositionelle Oberbürgermeister von Budapest, Gergely Karácsony.

Die Lage der unabhängigen Presse verschlechterte sich im letzten Jahrzehnt zunehmend. Fidesz brachte die Medien in dieser Zeit immer mehr unter seine Kontrolle. Die öffentlich-rechtlichen Sender wurden verstaatlicht. Fidesz kontrolliert die meisten Nachrichtenmedien, aber auch die regionale Presse. Auf der Rangliste der Medienfreiheit von Reporter ohne Grenzen ist Ungarn seit dem Amtsantritt von Viktor Orbán (2010) von Platz 23 auf Rang 72 (2023, bei 180 erfassten Ländern) abgestürzt. Orbán hat mit einem bislang einzigartigen Modell von Stiftungen, deren Kuratorien mit parteitreuen Gefolgsleuten besetzt sind, sein Machtgefüge weiter ausgebaut. Besonders betroffen sind die staatlichen Universitäten. In diesem Zusammenhang von einem drohenden Parallelstaat zu sprechen, scheint angesichts der Dimension dieser politischen Maßnahme nicht abwegig zu sein. In-

folge des weitverzweigten Netzwerkes parteipolitischer und ökonomischer Interessen wechselten staatliche Mittel, einschließlich der EU-Gelder, in nicht unerheblichem Umfang in privates Eigentum über.

Seit der erneuten Wahl Viktor Orbáns zum Ministerpräsidenten im Jahre 2010 befindet sich Ungarn in einem Dauerkonflikt mit der EU, der durch eine große Bandbreite strittiger Themen (Medienfreiheit, unabhängige Gerichte, Freiheit von Wissenschaft und Bildung, Akzeptanz und Gleichberechtigung von LGBTIQ, restriktive Migrationspolitik und so fort) befeuert wird.

Mit seiner Russland-Politik, die weiter enge wirtschaftliche Beziehungen fortsetzt und die Aufhebung der von Ungarn nur widerwillig mitgetragenen EU-Sanktionen fordert, hat sich das Land innerhalb der westlichen Allianz isoliert. Eine Außenseiterrolle nahm das Land auch mit seiner hinhaltenden Taktik bei der Aufnahme von Finnland und Schweden in die NATO ein, die im Falle Schwedens noch immer andauert.

Sehr zögerlich verhielt sich die nationalpopulistische ungarische Regierung auch bei der Verurteilung des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Nach wie vor spricht sich das Land gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus und lässt auch solche anderer EU- und NATO-Länder über sein Territorium nicht zu. Es überrascht daher nicht, wenn sich Stimmen aus der internationalen Politik und Wissenschaft häufen, die in Orbán einen »Verbündeten« Putins sehen, wenn es um die Kritik an den Werten der liberalen Demokratie geht.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Ungarn war zu Beginn der »großen Transformation« Anfang der 1990er Jahre ein Musterschüler des wirtschaftlichen Systemwandels und das beliebteste Ziel ausländischer Direktinvestitionen in der Region. Auch wenn die relative Durchdringung der ungarischen Wirtschaft mit ausländischen Direktinvestitionen inzwischen – wie in der Region insgesamt – leicht rückläufig ist, bleibt sie insgesamt und der Exportsektor im Besonderen sehr stark abhängig vom Engagement multinationaler Konzerne. Das gilt insbesondere für die Automobilproduktion. Dabei kommt deutschen Konzernen eine besondere Bedeutung zu.

Orbáns Version einer »Gesellschaft der Arbeitenden« folgt der einprägsamen Devise, dass nur jene Unterstützung erwarten dürfen, die auch dafür arbeiten. Die Einkommensungleichheit ist in Ungarn während der Regierungszeit von Fidesz seit 2010 infolge eines gezielt vorangetriebenen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Umbaus deutlich gewachsen.

Frühe Instrumente des Umbaus »von einer Wohlfahrts- zu einer Arbeitsgesellschaft« waren bereits die Einführung einer Pauschalsteuer (flat tax) von inzwischen nur noch 15 Prozent auf Einkommen, einer Pauschalsteuer von lediglich 9 Prozent auf Unternehmensgewinne, einer überaus arbeitgeberfreundlichen Arbeitsgesetzgebung, der verkürzten Bezugs-

dauer des Arbeitslosengeldes auf 3 Monate und bis zur Grenze des Mindestlohniveaus sowie der Streichung nahezu sämtlicher Sozialleistungen zugunsten eines »Public Works« Programms (staatlich geförderte Beschäftigungsprogramme der Kommunen).

Von einer der niedrigsten Unternehmenssteuern in der gesamten EU profitieren vor allem die großen ausländischen Investoren, so auch die deutschen Autobauer, die nach Steuernachlass nur 3 Prozent entrichten und zusätzlich staatliche Subventionen beziehen. Die Niederlassung von BMW in Debrecen – im ersten Quartal 2022 gegründet – wird ihre Produktion 2025 starten. Geplant ist, in diesem Werk 150 000 Autos (voraussichtlich mit Elektromotoren) pro Jahr zu produzieren und über 1 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Arbeitskräfte sind zwar billig, aber inzwischen rar geworden, sodass aus Drittstaaten Arbeitnehmer*innen angeworben werden müssen.

Im Zeitraum von Dezember 2022 bis Februar 2023 war laut Statistischem Landesamt KSH die Zahl der Erwerbstätigen mit 4,690 Millionen um 15 000 höher als ein Jahr zuvor. Während die Zahl der Erwerbstätigen auf dem Arbeitsmarkt um 12 000 und die Zahl der Erwerbstätigen im Ausland um 13 000 zunahm, sank die Zahl der »Public Works«-Bediensteten (im kommunalen Beschäftigungsprogramm) um 10 000. Im selben Zeitraum stieg die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 15-74 Jahren im Vergleich zum Vorjahr um 15 000 auf 199 000, während die Arbeitslosenquote um 0,3 Prozentpunkte auf 4,1 Prozent anstieg. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitsuche betrug 9,0 Monate, wobei 30,7 Prozent der Arbeitslosen seit mindestens einem Jahr auf Arbeitssuche waren.

Eine Umfrage des Personalberatungsbüros Randstad hat ergeben, dass insgesamt 37 Prozent der befragten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes ihre Belegschaft trotz der aktuell hohen Inflation und der unsicheren Energieversorgung aufgestockt haben. Umfrageergebnisse zeigen, dass sich die Inflation auch auf die Gehälter ausgewirkt hat. Während nur 83 Prozent der Manager*innen zu Beginn des Jahres 2022 mit einer Gehaltserhöhung rechneten, zahlten 92 Prozent in der ersten Jahreshälfte tatsächlich höhere Gehälter. Die Hälfte der Gehaltserhöhungen bewegte sich im Bereich von 6 bis 10 Prozent. Darüber hinaus erhöhten 22 Prozent ihre Gehälter um 11–20 Prozent. Auch bei den Gehältern liegt die Automobilindustrie an der Spitze der Branchen. Hier haben 32 Prozent der befragten Unternehmen die Gehälter um 11–20 Prozent erhöht.

Die Mindestlöhne liegen in den osteuropäischen Ländern überall unter 5 Euro pro Stunde, doch Ungarn rangiert mit 3,41 Euro sogar auf dem vorletzten Platz unter allen EU-Mitgliedsländern. Aber auch der Anteil der Sozialausgaben am öffentlichen Haushalt ist der sechstniedrigste unter den EU-Mitgliedstaaten (17,4 Prozent des BIP). Eine zentrale Forderung der Gewerkschaften ist daher, die Mindestlöhne zumindest dem europäischen Durchschnitt anzugleichen. Die beteiligten Verhandlungspartner verständigten sich zu Beginn des Jahres 2023 auf einen Mindestlohn von 232 000 HUF (580 Euro). Gleichzeitig wurde auch das garantierte Lohnminimum für Facharbeiter*innen auf 296 400 HUF (741 Euro) angehoben.

Die Durchschnittsverdienste erhöhten sich im September 2022 um 16,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, während die Prämienzahlungen stärker als in den Vorjahren anstiegen. Die nationale Lohndynamik war im September 2022 die stärkste im Vergleich zu den übrigen Ländern der Region. Einschließlich der Teilzeitbeschäftigten betrug das Lohnwachstum in Ungarn 17,8 Prozent. Im Gegensatz dazu verzeichnete Polen ein jährliches Lohnwachstum von 14,5 Prozent, Rumänien von 12,6 Prozent und die Slowakei von 8,5 Prozent. Wegen des zu erwartenden Anstiegs der Verbraucherpreise muss auch mit einem weiteren Sinken des Wertes der Reallöhne gerechnet werden. Laut Statistischem Landesamt KSH sind die ungarischen Reallöhne innerhalb eines Jahres um 19,6 Prozent gefallen (Stand Februar 2023).

Die ungarischen Gewerkschaften in der Automobilindustrie agieren in einem breiten und besonders verantwortungsvollen Umfeld. In dieser Branche sind immerhin 176 000 Arbeitnehmer*innen in etwa 740 Firmen beschäftigt, die 21 Prozent des ungarischen Exports produzieren. Nach Ablauf des Drei-Jahres-Tarifvertrags bei AUDI Hungária, wurde Ende März 2023 ein neuer Ein-Jahres-Tarifvertrag unterzeichnet, der eine Erhöhung des Grundlohns um 17 Prozent für alle Beschäftigten vorsieht. Darüber hinaus erhalten die Beschäftigten Zusatzleistungen in Höhe von 500 000 HUF (1 300 Euro) und fünfmal eine einmalige Bruttozahlung in Höhe von 330 000 HUF (870 Euro), die während des einjährigen Zeitraums gezahlt wird. Im Mercedes-Werk in Kecskemét wird im Jahr 2023 der Grundlohn in zwei Schritten angehoben: um 17 Prozent ab dem 1. Januar und um weitere 7 Prozent ab dem 1. August. Die Erhöhung gilt für alle Beschäftigten des Werks, in dem mehr als 4 500 Menschen arbeiten. Eine vierteljährliche Sonderzahlung in Höhe der Inflationsrate und eine Gewinnbeteiligung für die Arbeitnehmer*innen ist ebenfalls vereinbart worden.

Die Ungarische Nationalbank berichtete über ein Wachstum der ungarischen Wirtschaft im Jahr 2022 von 4,6 Prozent. Die Inflation erreichte im Januar 2023 ihren bisherigen Höchststand von 25,7 Prozent, bevor sie im Februar auf 25,4 Prozent im Jahresvergleich zurückging. Externe Faktoren deuten auf eine Desinflation hin: Die Energie- und Rohstoffpreise sowie die Transportkosten haben sich deutlich abgeschwächt, und auch die Abschwächung der Weltwirtschaft dämpft den externen Inflationsdruck. Der Anstieg der Lebensmittelpreise in Ungarn ist im historischen und internationalen Vergleich nach wie vor hoch. Bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln erreichte er im November 2022 einen Höchststand, liegt aber weiterhin über 50 Prozent. 2023 dürfte der jährliche Preisanstieg für diese Produktgruppe mit unter 20 Prozent geringer ausfallen, während die Inflation bei marktbestimmten Dienstleistungen auf über 16 Prozent gestiegen ist.

Bereits Anfang Januar 2022 hatte die ungarische Regierung die Preise für Zucker, Weizenmehl, Sonnenblumenöl, Schweinehälften, Hühnerbrust und Milch (mit 2,8 Prozent Fettgehalt) wegen rasant ansteigender Lebensmittelpreise auf dem Stand vom 15. Oktober 2021 einfrieren lassen. Die Kosten für Haushaltsenergie sind über aktive Preiskontrollen weiterhin geregelt.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

In Ungarn hat seit 2010 mit der Regierung Viktor Orbáns der soziale Dialog weiter an Bedeutung verloren und erfüllt inzwischen nur noch eine Schaufensterfunktion. Die wiederholten Versuche der Sozialpartner, an dieser für sie unbefriedigenden Situation etwas zu ändern, scheiterten an der bei den Parlamentswahlen von 2022 erneut mit einer Zweidrittelmehrheit bestätigten Fidesz-Regierung. Sie bevorzugt statt des sozialen Dialogs in Fachgremien die »Nationale Konsultation« direkt mit der wahlberechtigten Bevölkerung. Diese Konsultationen erfolgen über Fragebögen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen, die über die Post den Haushalten bereits mehrfach zugestellt wurden.

Den Begriff »Nationale Konsultation« verwendete Viktor Orbán – noch als Oppositionspolitiker – erstmals in seiner Rede zur »Lage der Nation« im Jahre 2005, in der er versprach, seine geplanten Maßnahmen auf der Grundlage des Dialogs mit den Wähler*innen aufzubauen. Allerdings setzt dieser Begriff keinerlei Verbindlichkeit für die politisch Handelnden voraus. In keinem Fall kann dieses Format die regelmäßige fachbezogene Interessenabstimmung im sozialen Dialog der Regierung mit den Sozialpartnern ersetzen.

Unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen befinden sich die ungarischen Gewerkschaften in einer keineswegs beneidenswerten Lage. Ihr Auftreten wirkt wenig selbstbewusst, eher reaktiv als proaktiv. Auch bezüglich des Krieges Russlands gegen die Ukraine sind die ungarischen Konföderationen mit keiner offiziellen Stellungnahme an die Öffentlichkeit getreten. Lediglich aus dem Umfeld der Bildungsgewerkschaften und einiger anderer Einzelgewerkschaften sind Solidaritätsbekundungen bekannt.

GEWERKSCHAFTEN IN UNGARN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im Zuge der politischen Wende erlebte auch die ungarische Gewerkschaftslandschaft einen tiefgreifenden Umbruch. Bereits vor dem Systemwechsel gründete sich die Demokratische Liga unabhängiger Gewerkschaften, kurz LIGA. In den beiden folgenden Jahren zerfiel der im kommunistischen System allein existierende Landesrat der Gewerkschaften SZOT nach und nach in vier größere gewerkschaftliche Bündnisse: Neben dem MSZOSZ (Landesverband ungarischer Gewerkschaften), der vor allem Gewerkschaften der Wettbewerbssphäre organisierte und engere Beziehungen zur Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZP) pflegte, bildeten sich die Konföderation ASZSZ (Autonome Gewerkschaften), das Forum für Gewerkschaftliche Zusammenarbeit (SZEF) und die Gewerkschaftliche Vereinigung der Intelligenz (ÉSzt) heraus. Deren Organisationsschwerpunkte liegen im öffentlichen Sektor bzw. im Bereich öffentlicher Versorgungsunternehmen und der Chemieindustrie. Mit dem 1990 gegründeten Landesverband der Arbeiterräte (MOSZ) entstand neben der LIGA noch eine weitere neue Konföderation.

ration, die sich vom früheren SZOT abgrenzte und Arbeitnehmer*innen in allen Sektoren und Branchen vertritt. Den Machtkämpfen zwischen den Gewerkschaftsbünden folgten auf mehrere Versuche der Einigung auch eine weitere Zersplitterung der Branchenverbände sowie Gründungen unabhängiger Betriebsgewerkschaften.

Abgesehen von einigen kleineren Zusammenschlüssen gelang erst im Jahr 2013 mit der Vereinigung von MSZOSZ und der Konföderation Autonomer Gewerkschaften (ASZSZ) eine Fusion größeren Ausmaßes. Aus dieser Verbindung ging der Ungarische Gewerkschaftsbund (MASZSZ) hervor, welcher heute nach der Mitgliederzahl der größte Dachverband ist und hauptsächlich Arbeitnehmer*innen in der Industrie und in der privaten Dienstleistungsbranche vertritt. Durch die Anerkennung des sogenannten »Siebten Gewerkschaftsbundes«, dem MSZ EDDSZ im Gesundheitsbereich, wurde jedoch die Flurbereinigung der zersplitterten Gewerkschaftslandschaft infolge der großen Fusion von 2013 in gewisser Weise wieder konterkariert.

In den Jahrzehnten nach dem politischen Systemwechsel in Ungarn wirkte der 1. Mai als Tag der Arbeit immer wieder wie ein Seismograph, der den jeweiligen Zustand der pluralistischen Gewerkschaftsbewegung des Landes registrierte und nach außen übermittelte. Gab es Spannungen zwischen den Konföderationen, feierten sie an getrennten Orten in Budapest; in den Phasen engerer Zusammenarbeit traf man sich gemeinsam im Budapester Stadtwäldchen.

In diesem Jahr (2023) stellte SZEZ »das Recht der Arbeitnehmer*innen auf Durchsetzung ihrer Interessen am Arbeitsplatz als wichtigen Eckpfeiler der Demokratie« in den Mittelpunkt seiner Maifeier. Gemeinsam mit der Szikra-Bewegung, die sich selbst als systemkritische, linke, an sozialen und ökologischen Fragen orientierte politische Organisation definiert, rief SZEZ alle Arbeitnehmer*innen auf, die mehr über gewerkschaftliche Aktionen im Allgemeinen und über die Organisierung kollektiven und betrieblichen Drucks erfahren möchten, nicht ins Stadtwäldchen zur traditionellen Maifeier zu gehen, sondern zu ihrem gewerkschaftspolitischen Forum zu kommen.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Während allein schon die Existenz von sechs Dachverbänden auf der obersten Ebene der Arbeitnehmer*innen-Interessenvertretung auf eine zerklüftete Gewerkschaftslandschaft in Ungarn hinweist, wird dieser seit dem Systemwechsel kaum veränderte Zustand durch die weitaus stärkere Fragmentierung auf den darunterliegenden Stufen der Branchen- und Betriebsverbände noch mehr hervorgehoben.

Die in beiden Tabellen aufgeführten Mitgliederzahlen beruhen auf Eigenangaben der jeweiligen Organisationen und sind erfahrungsgemäß daher – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nur als bedingt zuverlässige Daten zu bewerten. Selbst Insider der ungarischen Gewerkschaftsbewegung gehen eher von geringeren Zahlen als den offiziell genannten aus.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Ungarn

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Magyar Szakszervezeti Szövetség, MASZSZ, (Ungarischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Róbert Zlati Stv. Vorsitz: Gyula Pallagi, Viktor Kispál	104 000	IGB, EGB, FERPA
Független Szakszervezetek Demokratikus Ligája, LIGA (Demokratische Liga unabhängiger Gewerkschaften)	Vorsitz: Dr. Melinda Doszpolyné Mészáros Stv. Vorsitz: István Árkovics	100 200	IGB, EGB
Munkástanácsok Országos Szövetsége, MOSZ (Nationaler Verband der Arbeiterräte)	Vorsitz: Imre Palkovics Stv. Vorsitz: Lajos Baumgartner, Dr. Judit Iványi Czuglerné, Gábor Holecz	45 000	IGB, EGB, EUCDW
Szakszervezetek Együttműködési Fóruma, SZEZ (Forum für Gewerkschaftskooperation)	Vorsitz: Csaba Csóti Stv. Vorsitz: Zsuzsa Szabó, Viktória Szűcs, Dr. Géza Agg, Lajos Szatmári	39 316	EGB
Értelmiségi Szakszervezeti Tömörülés, ÉSZT (Intellektuelle Gewerkschaftskonzentration)	Vorsitz: Dr. Katalin Artmann Stv. Vorsitz.: Dr. Zoltán Berki, Dr. Sándor Dráviczki, Ferenc Schumacher	27 000	EGB, EUROCADRES
Magyarországi Munkavállalók Szociális és Egészségügyi Ágazatban Dolgozók Demokratikus Szakszervezete, MSZ EDDSZ (Demokratische Gewerkschaft ungarischer Arbeitnehmer*innen im Sozial- und Gesundheitssektor)	Vorsitz: Ágnes Cser Stv. Vorsitz: Istvánné Orbán	5 000	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Ungarn

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Magyar Vegyipari, Energiaipari és Rokon Szakmákban Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége, VDSZ (Gewerkschaftsverband der ung. Chemie-, Energie- und verwandten Berufe)	MASZSZ	Vorsitz: Tamás Székely Stv. Vorsitz: László Kovács	21 000 (Zuwachs wegen Integration der Baugewerkschaft in 2022)	IndustriALL, IndustriAll Europe
Vasas Szakszervezeti Szövetség, VASAS (Metallgewerkschaft)	MASZSZ	Vorsitz: Dr. Lívia Spieglné Balogh Stv. Vorsitz: Zoltán László, Balázs Bábel	19 300	IndustriAll, IndustriAll Europe
Vasutasok Szakszervezete, VSZ (Eisenbahngewerkschaft)	MASZSZ	Vorsitz: János Meleg Stv. Vorsitz: Csaba Horváth, Róbert Zlati	9 230	ETF
Kereskedelmi Alkalmazottak Szakszervezete, KASZ (Gewerkschaft der gewerblichen Arbeitnehmer*innen)	MASZSZ	Vorsitz: Zoltán Karsai Stv. Vorsitz: Alíz Kiss-Rigó	8 500	UNI Europa, UNI Global
Pedagógus Szakszervezet, PSZ (Lehrer*innengewerkschaft)	SZEF	Vorsitz: Tamás Totyik Stv. Vorsitz: Gábor Gosztonyi, Tünde Tóth	13 900 (davon aktiv 11 000)	ETUCE, IE
Mérnökök és Technikusok Szabad Szakszervezete, MTSzSz (Freie Gewerkschaft der Ingenieure und Techniker*innen)	LIGA	Vorsitz: Erzsébet Buzásné Putz Stv. Vorsitz: László Sulyok	12 640	Eurocadres
Egyesült Villamosenergia-ipari Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége, EVDSZ (Vereinigte Gewerkschaft für Elektrizität und Industrie)	LIGA	Vorsitz: Dr. József Szilágyi Stv. Vorsitz: József Téglás	7 642	EPSU, PSI, IndustriAll, IndustriAll Europe
Vízügyi Közszolgáltatási Dolgozók Szakszervezeti Szövetsége, VKDSZ (Gewerkschaft der öffentlichen Wasserversorgung)	LIGA	Vorsitz: József Fűrjes Stv. Vorsitz: Attila György, Zsolt Szikra	6 000	EPSU, PSI
Postás Szakszervezet, PSZ (Postgewerkschaft)	LIGA	Vorsitz: Zsuzsanna Tóth Stv. Vorsitz: Ildikó Burján	4 770	UNI Europa, UNIGlobal
Audi Hungária Független Szakszervezet, AHFSZ (Unabhängige Gewerkschaft AUDI Ungarn)	-	Vorsitz: Sándor Németh Stv. Vorsitz: Zoltán Horváth, László Háromi, György Csalogány, György Nagy, István Szabó, Tibor Szimacsek	9 000	Intersoli Mittelosteuropa
Vasúti Dolgozók Szabad Szakszervezete, VDSzSz (Freie Eisenbahngewerkschaft)	-	Vorsitz: Zoltán Halasi Stv. Vorsitz: Tibor Mózes	9 000	ETF, ITF
Pedagógusok Demokratikus Szakszervezete, PDSZ (Demokratische Gewerkschaft der Lehrer*innen)	ÉSZT	Vorsitz wird durch Nationalkomitee ausgeübt. Mitglieder: M. Czédly, T. Csermák, T. D. Fehér, A. Ferenczi, J. Guba, P. Kármán, A. Komjáthy, I. Mészáros, E. Nagy, Á. Ravasz, E. Simon, Z. Szendrei, T. Szűcs, K. Tarnai, Zs. Vályogosné Váradi	3 100	ETUCE, EI

Auf einem in der Öffentlichkeit kaum beachteten ordentlichen Gewerkschaftskongress des Bundes Ungarischer Gewerkschaften (MASZSZ) bestätigten die Delegierten der Mitgliedsorganisationen im Februar 2023 den stellvertretenden Vorsitzenden der Eisenbahngewerkschaft VSZ Róbert Zlati im Amt des Vorsitzenden der Konföderation. Ihm an die Seite gestellt wurden diesmal zwei stellvertretende Vorsitzende – Viktor Kispál, Vorsitzender der Gleisarbeitergewerkschaft PVDSZ und Gyula Pallagi, dessen einst mitgliederstarke Bau- und Holzarbeitergewerkschaft sich der Chemiegewerkschaft angeschlossen hat. Der Vorsitzende der Chemiegewerkschaft VDSZ, Tamás Székely, der seit der Fusion von MSZOSZ und ASZSZ im Jahre 2013 den Posten des Vizevorsitzenden bekleidet hatte, trat nicht mehr an.

Das auffallend geringe Interesse der Medien am Gewerkschaftstag des MASZSZ darf als Indiz für den schleichenden Bedeutungsverlust der Konföderationen gedeutet werden. Es scheint so, als ob die größeren bzw. aktiveren Branchenorganisationen neben einzelnen starken Betriebsgewerkschaften als gewerkschaftliche Akteure in den Vordergrund treten.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Das Arbeitsgesetzbuch von 2012, die Änderung des Streikgesetzes, die Verringerung der Anzahl der Arbeitsgerichte, die Entwertung des sozialen Dialogs, steuerliche Anreize für Arbeitgeber und großzügige Subventionen dienten immer dem Zweck, es so billig wie möglich zu machen, Menschen in Ungarn zu beschäftigen. Schließlich ist Arbeit nicht nur billig, wenn die Löhne niedrig sind, sondern auch, wenn man die Menschen zum Beispiel jederzeit zur Arbeit berufen kann, wenn Überstunden gar nicht oder erst später bezahlt werden müssen, wenn eine Entlassung leichtfällt, wenn Beschäftigte wenig Freiheiten besitzen, wenn sie keine Möglichkeit zu Aus- und Weiterbildung haben und natürlich, wenn es keine Gewerkschaft gibt, die stark genug ist, dagegen vorzugehen. Natürlich kommt es jeden Tag zu unzähligen Rechtsverletzungen in der Arbeitswelt, in der der Arbeitgeber seine marktbeherrschende Stellung missbraucht, aber mangels organisierter Interessenvertretung wenig darüber bekannt wird.

Die Fälle, in denen Gewerkschaften an der Ausübung ihrer Rechte gehindert werden, sind jedoch eklatant. Die politisch Verantwortlichen sind in allen Fällen von Rechtsverletzungen in der Arbeitswelt eine angemessene Reaktion schuldig geblieben. Das war so bei Honsa im Jahre 2013, bei Hankook ein Jahr darauf oder bei Suzuki im Jahr 2018. Natürlich verhält sich der Staat nicht anders als die Arbeitgeber. Gewerkschaften werden als Partner nicht ernst genommen und die Regierung hat sich nicht ernsthaft mit den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer*innen im öffentlichen Sektor zusammengesetzt, selbst dann nicht, wenn sie rechtlich dazu verpflichtet gewesen wäre.

Geteiltes Echo in der ungarischen Öffentlichkeit löste die Entscheidung des Verfassungsgerichts (AB) vom 27. April 2021 zur Novelle des Arbeitsgesetzbuches (AGB) von 2018 aus, die als Sklavengesetz heftig bekämpft wurde und weiter umstrit-

ten ist. Während bei Oppositionsparteien die Entscheidung geradezu begeistert aufgenommen wurde, werteten sie Gewerkschaften bestenfalls als einen Teilerfolg. Und auch in Kreisen der Arbeitsrechtsexpert*innen schätzte man ihre Bedeutung als nur mäßig ein. Die als Sklavengesetz bezeichnete Regelung sieht vor, dass diejenigen Arbeitnehmer*innen, die in ungleichmäßiger Arbeit beschäftigt werden, sich einem sogenannten »Arbeitszeitrahmen« von bis zu drei Jahren anpassen haben, das heißt, dass die Arbeitszeit innerhalb dieses Zeitrahmens zwischen den Jahren umgeschichtet werden kann. In der Praxis bedeutet das: Auf ein weniger arbeitsintensives Jahr darf ein Jahr mit höherer Arbeitsbelastung folgen. In der Frage, ob die Arbeitszeit zwischen den Jahren umgeschichtet werden kann oder ob sie in Zeiträumen von mindestens 12 Monaten zu berechnen ist, vertrat das höchste Gericht eine arbeitnehmer*innenfreundliche Haltung. Ein Arbeitszeitrahmen von bis zu drei Jahren hätte ohnehin einen Tarifvertrag vorausgesetzt, also der Zustimmung der Gewerkschaft bedurft. Diesbezüglich mangelt es jedoch an praktischen Erfahrungen. Die in der entsprechenden EU-Richtlinie geforderte Arbeitszeit muss jedes Jahr eingehalten werden, d. h. die Arbeitszeit kann nicht im Drei-Jahres-Durchschnitt in der Zukunft berechnet werden. Es handelt sich also bei der Entscheidung des Verfassungsgerichts in erster Linie um eine rechtsdogmatische Änderung; einer inhaltlichen Bewertung des Sklavengesetzes hat es sich jedoch enthalten.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Kernaufgaben der Gewerkschaften sind die klassischen »Aufträge« seitens der Arbeitnehmer*innen, mit anderen Worten, die Interessenvertretung und -durchsetzung am Arbeitsplatz.

Nach der Novellierung des Streikrechts, gleich nach dem Machtwechsel im Jahre 2010 durch die Regierung Viktor Orbán, stellte sich heraus, dass das neue Gesetz vor allem mit seinen unscharfen Aussagen zu Notdiensten während eines Arbeitskampfes ein erhebliches Risiko für die Gewerkschaften erzeugt und letztlich das schärfste Instrument der Interessenvertretungen stumpf macht. Das belegt der Fall, der Ende 2020 durch höchstrichterliche Entscheidung der Kurie zu klären war. Die Gewerkschaften des sozialen Sektors hatten für das Frühjahr 2019 einen eintägigen Streik angekündigt und mit den zuständigen Regierungsstellen die im Gesetz vorgesehenen verbindlichen Notdienste verhandeln wollen. Durch eine Serie von Einsprüchen seitens des Arbeitgebers zog sich das Verfahren bis zur Entscheidung der Kurie über 486 Tage hin. Zwar billigte die Kurie die von den Gewerkschaften für den damals geplanten Streik vorgelegte Liste der Notdienste, was die betreffenden Organisationen sich aber nur noch als »moralischen Sieg« gutschreiben können, weil ihr eigentliches Anliegen sich inzwischen erledigt hat. So blieb ihnen am Ende allein der Appell an den Gesetzgeber, sich endlich darum zu bemühen, das im Grundgesetz anerkannte Streikrecht der Arbeitnehmer*innen mit den die Arbeitsniederlegung einschränkenden Regelungen in Einklang zu bringen. Doch gegenwärtig deutet nichts auf die Bereitschaft der Regierung hin, auf die gewerkschaftliche Forderung einzugehen und das weitgehend ausgehöhlt Streikrecht wieder aufzuwerten.

Ende Januar 2023 ging die Streik- und Protestbewegung für »freie Schulen in einem freien Land« in das zweite Jahr. Eröffnet wurde es mit dem »Marsch des Wissens für die Bildung«, der am 2. Januar in Miskolc startete und nach einigen Zwischenstationen in kleineren und mittleren Städten am 7. Januar in der Hauptstadt Budapest mit einer großen Kundgebung endete.

Die völlig neue Art des Protestes, die es so in Ungarn bislang nicht gegeben hatte, stieß auf ein bemerkenswert breites Interesse der Medien und der Öffentlichkeit. Die beteiligten Bildungsgewerkschaften und Zivilorganisationen hielten an den jeweiligen Etappenzielen öffentliche Bildungsforen ab, bei denen sie auf die Defizite des Bildungswesens in Ungarn aufmerksam machten. Diese wurden auch auf den mitgeführten Transparenten und Plakaten benannt: »Wer wird morgen unterrichten?«, »Freie Wahl der Lehrbücher! Echte Bildungsreform! Ein gesondertes Bildungsministerium!«, »Streik ist ein Grundrecht!«, »Ruhe ist nicht Ordnung!«, »Nehmt die gefeuerten Lehrer*innen zurück!«.

Die Veranstalter des Marsches wiederum konnten auf den öffentlichen Bildungsforen nützliche Erfahrungen über die Stimmungslage in den ländlichen Regionen, in denen die Einschüchterung der Lehrkräfte deutlicher als in den Städten zu spüren ist, sammeln. Die Schulleitungen auf dem Lande befolgen in der Regel die Zumutungen der nationalpopulistischen Regierung und ihrer Schulverwaltungen widerspruchslos. Demgegenüber herrscht in den Schulen der größeren Städte und besonders in Budapest eine deutlich freiere Atmosphäre.

Mit einem erweiterten Forderungskatalog rief die kleinere, aber politisch aktivere der beiden ungarischen Bildungsgewerkschaften, die Demokratische Gewerkschaft der Pädagog*innen (PDSZ), die Beschäftigten des Bildungswesens in der letzten Januarwoche 2023 zum Streik auf. Als Erfolg rechnet man sich eine landesweite Streikbeteiligung von 20 Prozent an. Trotz des stärkeren Durchhaltewillens gegenüber früheren Protestbewegungen, beteiligt sich noch immer nur eine – allerdings größer werdende – Minderheit an den Aktionen. In Einzelfällen beträgt die Beteiligung an Arbeitsniederlegungen bis zu 90 Prozent, wobei immerhin solche Beispiele erfolgreicher Mobilisierung nicht mehr allein auf Budapest beschränkt sind, wie das anfangs der Fall war.

Der Forderungskatalog beinhaltete diesmal eine Anhebung der Löhne für Lehrer*innen (45 Prozent) und für Beschäftigte in nicht-pädagogischen Bereichen des Bildungswesens, Wiederherstellung der obligatorischen 22 Unterrichtsstunden pro Woche sowie Bezahlung von Vertretungs- und Überstunden, Begrenzung des Einsatzes von pädagogischen und sonderpädagogischen Hilfskräften zur Betreuung von Kindergarten- und Schüler*innengruppen auf 35 Stunden in der Woche, Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen des Streikrechts, Rücknahme der neuen Regierungsverordnung zur fristlosen Entlassung von Lehrer*innen, die sich an Aktionen des zivilen Ungehorsams beteiligt haben.

Die Streik- und Protestbewegung für die Reform des Bildungswesens hat bis jetzt zwar zu keinem zielführenden Dialog mit

der Regierung geführt, wohl aber eine neue Protestkultur hervorgebracht, an der auch bildungsaffine zivilgesellschaftliche Akteure, Kulturschaffende, Gruppen von Wissenschaftler*innen, Elterninitiativen und ganz besonders Organisationen von Schüler*innen einen maßgeblichen Anteil haben.

Niedrige Gehälter, ständig zunehmende Arbeitsbelastung, eingeschränkte Freiheit der Unterrichtsgestaltung und geringe Wertschätzung des Lehrer*innenberufs seitens der Regierung beschreiben die den Streik auslösenden Gründe. Sie sind auch die Ursache für die mangelnde Attraktivität des Lehramtsstudiums. Registrierte das Ministerium für das Jahr 2018 noch 6000 Berufseinsteiger*innen, so ging deren Zahl 2020/21 auf 2000 zurück. Der Mangel an Lehrkräften hat sich daher längst zum gesellschaftspolitischen Problem entwickelt. Ein Indiz dafür dürfte die Verfünffachung der Zahl ungarischer Schüler*innen an Schulen im benachbarten Österreich während der Regierungszeit von Orbán sein, in der sie von etwas über 2000 (2010/2011) auf fast 11000 (2021/2022) angestiegen ist. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Schüler*innen in Ungarn um 14 Prozent zurück.

Zentrales Thema der Protestbewegung im Frühjahr 2023 ist das von dem inzwischen für das Bildungswesen zuständige Innenministerium geplante sogenannte Statusgesetz, das weitere Verschlechterungen der Situation in den Schulen, aber auch für die Interessenvertretungen der Lehrer*innen vorsieht. Die Protestbewegung spricht daher von einem »Rachegesetz«, das darauf ziele, den Widerstand der Bewegung zu brechen. Beispielsweise würden künftig nur solche Gewerkschaften von der Regierung als Verhandlungspartner akzeptiert, wenn sie mindestens zehn Prozent der im Bildungsbereich Beschäftigten als Mitglieder organisieren. Und die Lehrer*innen und sonstigen Beschäftigten im Bildungssektor würden ihren Status als »öffentliche Angestellte« einbüßen und als »im öffentlichen Bildungswesen Tätige« weiterbeschäftigt werden, was immer das dann heißen könnte. Daraufhin haben bis Ende April rund 5000 Lehrkräfte die Kündigung ihres Dienstverhältnisses angekündigt, sollte dieses Gesetz in Kraft treten.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Das (politische) Gewicht der Gewerkschaften in Ungarn ist nach wie vor gering. Ungarn bleibt weiterhin das »Land der tausend Gewerkschaften«. Auch wenn die Mitgliederzahlen permanent sinken, erfolgen keine tiefgreifenden Strukturformen bei den ungarischen Gewerkschaften. Mit der drohenden »Verzweigung« der Gewerkschaftsbewegung verliert die Interessenvertretung der Arbeitnehmer*innen weiterhin an Durchsetzungsfähigkeit und Bedeutung.

Es bleibt abzuwarten, ob und wie die durch die Pandemie hervorgerufenen oder gestärkten Segmente der Welt der Arbeit, wie Zustelldienste, Kuriere, Lieferservices von den Gewerkschaften angesprochen werden können. Es handelt sich um einen äußerst fragmentierten Bereich, der aus gewerkschaftlicher Perspektive allerdings auf keinen Fall außer Acht gelassen werden darf und sogar vielversprechend aussieht.

Die Beschäftigungsstrukturen machen einen rasanten Strukturwandel durch. Die Gewerkschaften dürfen die ihnen sich jetzt dabei bietenden Chancen nicht verschlafen, sondern müssen schleunigst umdenken, neue Kommunikationskanäle erschließen und Strategien ausarbeiten und dann vor allem auch in der Praxis umsetzen. Vor ihnen liegt »gewerkschaftliches Brachland«, das es aufzubrechen und zu bestellen gilt.

Offen ist noch die Antwort auf die Frage, ob die Trennung des Fidesz von der konservativen europäischen Parteienfamilie EVP und der angestrebte Schulterschluss mit weiter rechts von dieser stehenden Parteien Europas Einfluss auf die »Gewerkschaftspolitik« von Viktor Orbán haben wird. Nach den bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, dass die Regierung wohl kaum respektvoller mit den Gewerkschaften umgehen dürfte. Denn bereits in der Regierungszeit der von ihm geführten »Bürgerkoalition« (1998–2002) fertigte Viktor Orbán die Gewerkschaften nach dem bis heute geltenden Grundsatz ab: »Wir sagen ihnen, was wir wollen. Wenn sie dann etwas einwenden, hören wir sie vielleicht an, aber wir entscheiden über die Arbeitnehmer*innen und über die Gewerkschaften nach unseren eigenen Vorstellungen«.

Die Gewerkschaften sind deshalb gut beraten, ihrerseits den engen, dauerhaften Schulterschluss mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu suchen, um somit das politische Gegengewicht der Zivilgesellschaft insgesamt zu stärken. Nicht allein, sondern nur als Teil eines breiteren zivilgesellschaftlichen Bündnisses wären sie gegenwärtig vielleicht noch in der Lage, an positiven gesellschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen mitzuarbeiten und damit neben den gewerkschaftlichen Kernaufgaben auch wieder eine politische (nicht parteipolitische) Rolle zu übernehmen. Der Stellenwert gewerkschaftlicher Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Bewegungen wurde erst jüngst bei dem Streik und den Aktionen des zivilen Ungehorsams der Pädagog*innen unter Beweis gestellt.

Nicht unberechtigt scheint jedoch die Sorge zu sein, dass nach dem erneuten fulminanten Wahlsieg des rechtsnationalen Fidesz am Wahlabend 2022 beim regierungskritischen Teil der ungarischen Gesellschaft – die meisten Gewerkschaften eingeschlossen – angesichts der eigenen Machtlosigkeit weitgehend Fassungslosigkeit und Ratlosigkeit im Umgang mit dem System Orbán um sich gegriffen hat.

Edít Németh, *Projektkoordinatorin für Gewerkschaftsprogramme im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung Ungarn, Budapest*

Rainer Girndt, *freier Berater in der gewerkschaftlichen und politischen Bildung; in den 1990er Jahren Leiter des Projekts Gewerkschaftliche Kooperation und industrielle Arbeitsbeziehungen im FES-Büro Budapest.*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.